

Wohlstandszynismus 01.03.2010

NÜRNBERG/BRÜSSEL (Eigener Bericht) - Die EU bereitet eine weitere Verschärfung ihrer Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer vor. Wie es in einem neuen Maßnahmenkatalog heißt, den die EU-Kommission letzte Woche vorgelegt hat, soll die EU-Fluchtabwehrbehörde Frontex in Zukunft eigene Schiffe und Flugzeuge kaufen dürfen. Zudem seien Hilfsorganisationen in die Durchführung von Abschiebungen einzubinden. Mit dem zunehmenden "Migrationspotenzial", das durch Frontex abgewehrt werden soll, befasst sich ein Forschungsbericht, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor kurzem veröffentlicht hat. Demnach ist die eklatante Armut in Afrika, eine zentrale Ursache für die Migration nach Europa, in hohem Maße auf die Handelspolitik der Industriestaaten und die Ausbeutung afrikanischer Ressourcen zurückzuführen. Die Entscheidung der EU, nicht die Armut, sondern die aus ihr resultierende Migration zu bekämpfen, führt dem Papier zufolge zu einer Zunahme von Kriminalität und Korruption in Afrika. Die Untersuchung dokumentiert - für eine in staatlichem Auftrag erstellte Analyse ungewöhnlich - den tödlichen Zynismus der europäischen Afrikapolitik.

Wie es in einem neuen Maßnahmenkatalog zur Flüchtlingsabwehr heißt, den die EU-Kommission letzte Woche in Brüssel vorgelegt hat, soll Frontex künftig deutlich gestärkt werden. Demnach soll Frontex unter anderem eigene Schiffe und Flugzeuge kaufen oder leasen dürfen; bislang ist die Behörde darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten solches Gerät zur Verfügung stellen. Auch müsse Frontex ermächtigt werden, aufgegriffene Flüchtlinge, die nicht direkt abgeschoben werden könnten, auf die EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Unter anderem dieser Vorschlag stößt auf Protest aus Berlin, das nicht bereit ist, sich durch Brüssel zu einer Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten zu lassen. In dem Maßnahmenkatalog der EU-Kommission findet sich auch der Vorschlag, künftig Hilfsorganisationen wie etwa das Rote Kreuz unmittelbar in die Durchführung von Abschiebungen einzubinden. Dies würde es möglich machen, den Abschiebungen den Anschein einer prinzipiellen Kompatibilität mit den Menschenrechten zu verleihen und die Kritik an ihnen zu schwächen.

Migrationspotenzial

Aufschlussreiche Hintergründe zur weiteren Verschärfung der europäischen Flüchtlingsabwehr an den Südgrenzen der EU liefert ein neuer Forschungsbericht, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kürzlich veröffentlicht hat. Das Papier befasst sich mit dem "Migrationspotenzial" des afrikanischen Kontinents und mit der künftigen Einwanderung aus den Ländern Afrikas in die EU. Es beschönigt - ein seltener Fall in der staatlichen Publizistik - weder die zentralen Ursachen der Migration noch die fatalen Folgen der europäischen Flüchtlingsabwehr für die Migranten ebenso wie für die afrikanischen Staaten.

Unter der Armutsgrenze

Wie es in dem Forschungsbericht des Bundesamtes heißt, existiere bereits jetzt ohne jeden Zweifel "ein sehr hohes Migrationspotenzial" [1] auf dem afrikanischen Kontinent; es werde voraussichtlich weiter zunehmen. Zu den zentralen Ursachen gehöre neben der Flucht vor Kriegen oder politischer Verfolgung die bittere Armut in vielen Staaten Afrikas. Demnach sind 55 Prozent selbst derjenigen Afrikaner, die eine Erwerbsarbeit ausüben können, "nicht in der Lage (...), die Armutsgrenze von 1 US-\$ Einkommen pro Tag zu überschreiten". Nur ein Fünftel der afrikanischen Bevölkerung hat zwei US-Dollar oder mehr am Tag zur Verfügung. Einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 2.430 US-Dollar im Jahr steht ein Vergleichswert von 24.329 US-Dollar in Europa gegenüber. Die "Nachfrage nach Arbeitskräften ohne besondere Qualifikation" halte dabei in der EU durchaus an: Es werden laut dem Forschungsbericht "aufgrund demographischer Alterung" in Europa zukünftig wohl vor allem Arbeitskräfte "im Gesundheits- und Pflegebereich" gesucht. In dem Papier heißt es: "Wie der französische Bevölkerungswissenschaftler Alfred Sauvy schon vor Jahrzehnten formulierte: 'Wenn der Reichtum nicht zu den Menschen kommt, werden die Menschen zum Reichtum gehen'."

Die Illegalisierung der Migration

Die Folgen der europäischen Flüchtlingsabwehr sind der Untersuchung des Bundesamtes zufolge fatal. So hat zwar die Verschärfung der Regelungen für den

Familiennachzug dafür gesorgt, dass sich die Zahl der Afrikaner, die bei ihren in Deutschland ansässigen Ehepartnern leben dürfen, in den vergangenen acht Jahren beinahe halbiert hat. Gleichzeitig führe jedoch die Verschärfung der Einreisebestimmungen und die Hochrüstung der EU-Außengrenzen "zumeist nicht zu weniger Zuwanderung, sondern zur Zunahme irregulärer Migration bei gleichzeitiger Routenverlagerung". Die gravierendste Folge dieser Verlagerung ist das seit Jahren zu verzeichnende Massensterben im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln.

Die Produktion von Kriminalität

Zudem zeige laut der Bundesamts-Untersuchung "die Erfahrung, dass Migranten bei erschwerten Zuwanderungsbedingungen in steigendem Maße die Hilfe von Schleusernetzwerken in Anspruch nehmen". Die Folge sei das Entstehen von Menschenhändler-Netzen, die sich mit anderen Sparten illegaler Geschäfte verknüpfen. "Organisierte Kriminalität wiederum verbindet sich mit Korruption und einem Vertrauensverlust in öffentliche Einrichtungen" - schlechte Rahmenbedingungen für "die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und die Sicherheit" der betroffenen Staaten Afrikas. Nicht zuletzt steckten zahlreiche Migranten auf dem Transit in nordafrikanischen Ländern fest und müssten dort Geld verdienen, um die Weiterreise bezahlen zu können, schreibt das Bundesamt; sie stünden dabei "in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeitskräften und werden häufig Opfer von Anfeindungen und Übergriffen".

Vom Westen geschwächt

Das Bundesamt verschweigt nicht, dass die westliche Politik zu den zentralen Ursachen für die Entstehung des "Migrationspotenzials" gehört. So wird die "Wirtschaftsentwicklung Afrikas - vor allem ihr Agrar- und Fischereisektor - durch Marktprotektion und Marktsubventionierungen in der EU und den USA geschwächt." Insbesondere "die arme Landbevölkerung wird davon existenziell betroffen." Auch kämen "hohe Gewinne aus dem Außenhandel mit afrikanischen Rohstoffen nicht der armen Bevölkerung Afrikas, sondern nur den Konzernen in den Industrieländern und den afrikanischen Eliten zugute". Die gewinnbringende Verarbeitung der Rohstoffe erfolge in aller Regel außerhalb des afrikanischen Kontinents; der Ausbau der Rohstoffverarbeitung in den Staaten Afrikas, der neue Arbeitsplätze und neue industrielle Kapazitäten schaffen könnte, "wurde von den Rohstoffimporteuren bisher nicht vorangetrieben. Er wäre", resümiert das Bundesamt, "für Afrikas Wirtschaftsentwicklung jedoch ausschlaggebend."

Zwölf Prozent

Die Untersuchung dokumentiert den Zynismus der europäischen Afrikapolitik, die die Ursachen der Armut in Afrika nicht ernsthaft, die sich aus der Armut ergebende Überlebensstrategie - Migration - jedoch umso brutaler bekämpft. Schätzungen zufolge kommen zwölf Prozent der Menschen, die in Afrika aufbrechen, um ihren Lebensunterhalt in Europa zu verdienen, auf der Reise ums Leben.[2]

Bitte lesen Sie auch unser EXTRA-Dossier [Festung Europa](#) .

[1] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika, Forschungsbericht 7, Nürnberg 2010. Der Quelle entstammen dieses und die folgenden Zitate.

[2] Fabrizio Gatti: Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa, München 2010

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com